



# NEWSLETTER

## Industriepolitik

Ausgabe 1

1. Dezember 2022

## Neue Ansätze einer aktiven Industriepolitik Über IPCEI fördert die europäische Kommission Schlüsselindustrien

Die Industrie ist der starke Kern der deutschen Wirtschaft und ein entscheidender Faktor für Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. In den letzten Jahren haben die einzelnen Krisen (Finanz-, Klima-, Corona- und Energiekrise) und die industrielle Transformation gezeigt, dass es ohne staatliche Intervention nicht geht, die Industrie zukunftsfest aufzustellen. Die Folgen des Ukrainekrieges machen zudem deutlich, dass Europa nicht nur bezogen auf seine Energieversorgung, sondern auch bei Zukunftstechnologien auf Dauer unabhängiger werden muss. Uneinigkeit bestand bisher darin, was der Staat zur Mobilisierung der dringend notwendigen Investitionen und Innovationen beitragen kann. Zweifellos wurde in Deutschland und in Europa in den letzten Jahrzehnten nicht genug getan, um zentrale Technologiefelder (wie z.B. die Halbleiterindustrie) zu halten und in neuen Industrien (wie z.B. die Batteriezellfertigung) zu investieren.

Die europäische Kommission hat schon weit vor den aktuellen Krisen den Ernst der Lage erkannt und versucht, seit 2018 mit dem IPCEI-Programm (Important Projects of Common European Interest) eine Wende in der europäischen Industriepolitik einzuleiten und die EU-weite Zusammenarbeit im Bereich innovativer Technologien zu beschleunigen.

Das IPCEI-Programm kann Startpunkt für eine gemeinsam abgestimmte Industriepolitik in Europa sein. Dabei liegt der Fokus auf den Schlüsselindustrien im Bereich Mikroelektronik, Batteriezellenfertigung, Wasserstoff und Cloud-Lösungen. Hier soll die industrielle Wertschöpfung entlang der gesamten Wertschöpfungskette aufgebaut und gestärkt werden. Die EU überlässt die industrielle Zukunft also nicht mehr nur dem Markt, sondern gibt klare Ziele vor.

Die IPCEI-Förderung entwickelt sich zu einem wichtigen strategischen industriepolitischen Instrument in Europa, von dessen Möglichkeiten insbesondere Deutschland profitieren kann. IPCEI-Programme gewährleisten umfangreiche Staatshilfen, ohne die Wettbewerbsbehörden auf den Plan zu rufen. Denn diese wichtigen Vorhaben von gemeinsamen europäischem Interesse werden durch das europäische Beihilferecht nicht blockiert. IPCEI-Vorhaben müssen deshalb einen Beitrag zur Erreichung der strategischen Ziele der EU leisten (wie z.B. der „Green New Deal“, die Wasserstoffstrategie, die Digitalstrategie oder erst jüngst der „EU Chips Act“), in Kooperation mehrerer Mitgliedsstaaten durchgeführt werden und eine Ko-Finanzierung durch die beteiligten Unternehmen vorsehen. Die neue Industriepolitik will dadurch private Investitionen fördern, ohne sie zu ersetzen.



Über diesen Weg verbindet IPCEI eine staatliche Unterstützung mit einer marktwirtschaftlichen Umsetzung durch private Unternehmen. Am Beispiel des IPCEI Batteriezellfertigung wird deutlich, dass der Weg aufgehen könnte: Das Bundeswirtschaftsministerium fördert Vorhaben im IPCEI Batteriezellfertigung mit knapp drei Milliarden Euro. Laut Bundeswirtschaftsministerium sollen allein durch die drei Milliarden des Bundes private Investitionen von über 13 Milliarden Euro angestoßen und 10.000 direkte Arbeitsplätze geschaffen werden. Hinzu kommen noch Förderbeiträge der Bundesländer in Höhe von zwei Milliarden Euro.

Bislang wurden sechs IPCEI-Programme aufgelegt: Als erstes IPCEI ging 2018 das IPCEI Mikroelektronik an den Start. Es gilt als Blaupause für alle weiteren IPCEIs. Es folgten 2019 das erste IPCEI Batteriezellfertigung und 2021 Batteriezellfertigung II. 2022 gab die EU Kommission grünes Licht zur Förderung der Wasserstofftechnologie. Die beihilferechtliche Genehmigung für das IPCEI Mikroelektronik II wird noch in 2022 erwartet, ebenso die für das IPCEI Industrial Cloud (CIS).

Das Fördervolumen der Europäischen Kommission über alle genehmigten IPCEI-Projekte beträgt über 13 Milliarden Euro. Wie Deutschland von den IPCEI-Projekten profitiert, welche Zielsetzungen verfolgt werden und welche Vorhaben konkret gefördert werden, geht aus der Übersicht auf Seite 3 hervor.

### Die Bewertung der IG Metall

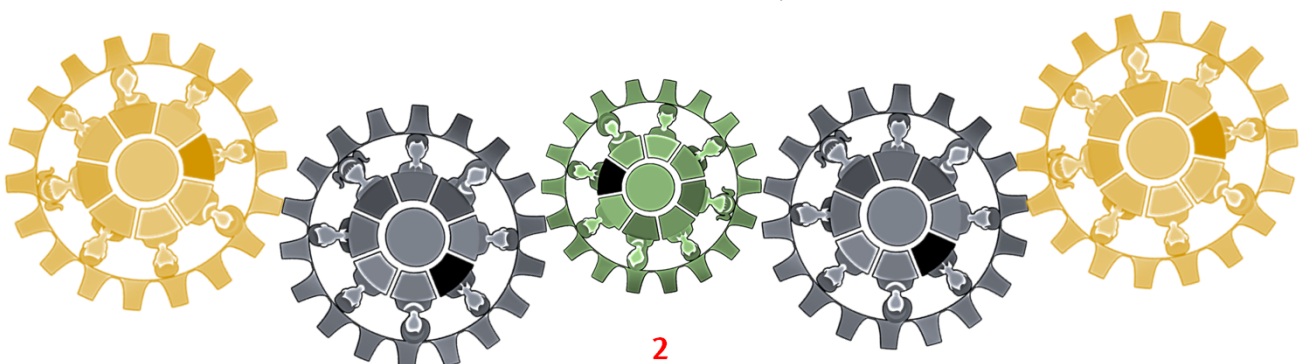
Die IG Metall begrüßt die Neuausrichtung der europäischen Industriepolitik, über IPCEI strategische Schlüsselindustrien in der EU aufzubauen und zurückzuholen. Mit einem solchen Schritt kann es gelingen, die Fehler aus den letzten Jahrzehnten zu revidieren. Durch den (Wieder-)Aufbau von Industrien und die Schaffung von neuen Industriestandorten und Arbeitsplätzen werden wichtige Wertschöpfungspotenziale erschlossen, die der wirtschaftlichen Entwicklung von ganz Europa zugutekommen werden. Auch die Abhängigkeit in zentralen Technologien von Konkurrenten auf dem Weltmarkt kann so sukzessive verringert werden.

Die ersten Erfahrungen mit den gestarteten IPCEIs sind aus Sicht der IG Metall ermutigend. Die IPCEIs im Bereich Mikroelektronik und Batteriezellen zeigen erste Erfolge. Neue Standorte und Arbeitsplätze entstehen. Jüngstes Beispiel: Die milliarden schwere Investition des Chipherstellers Infinion in den Neubau einer Chipfabrik in Dresden. Für fünf Milliarden soll hier bis 2023 ein neues Werk gebaut werden und zu den bisherigen 3.000 Arbeitsplätzen weitere 1.000 hinzukommen.

IPCEI scheint ein geeignetes Instrument zu sein, um die technologische Souveränität der EU zu erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen auf dem Weltmarkt zu unterstützen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Investitionszusagen auch tatsächlich eingehalten werden und die Vorhaben durch die (ökonomischen) Folgen des Ukraine-Krieges keinen Rückschlag erfahren.

Darüber hinaus lässt sich festhalten, dass die umgesetzten bzw. geplanten IPCEI-Förderprogramme noch lange nicht „das Ende der Fahnenstange“ sein dürfen. Vergleicht man die 13 Milliarden Euro mit den 400 Milliarden US-Dollar, die die USA im Rahmen des „Inflation Reduction Act“ (IRA) in Transformationstechnologien investiert, dann sind diese der berühmte „Tropfen auf den heißen Stein“. Hinzu kommen in den USA weitreichende local content-Bedingungen, die den Ausbau der industriellen Wertschöpfung im eigenen Land zum Ziel haben. Dieser Vergleich macht die geänderte industriepolitische Umgebung deutlich, in der sich die deutsche Industrie mittlerweile befindet.

Industriepolitik braucht grundsätzlich einen "langen Atem" und muss auf unterschiedliche Instrumente setzen. Um die IPCEI-Initiativen herum braucht es daher eine Zukunftskonzeption mit klaren industriepolitischen Zielen und weiteren notwendigen Strukturen zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen. Es bedarf weiterer enormer Anstrengungen, verlorengegangene Industriearbeitsplätze und neue Industriestandorte durch eine gezielte Industrie- und Strukturpolitik zurück zu holen.



IPCEI	Konkrete Projekte in Deutschland
<b>Mikroelektronik I</b> (seit 2018 genehmigt)	<p><b>Ziel:</b> Aufbau eines länderübergreifenden Kooperationsprojekts mit Synergien in der Mikroelektronik- und Anwenderindustrie. Der Fokus liegt auf energieeffizienten Chips, Leistungshalbleitern, smarten Sensoren, optischen Komponenten und Verbundmaterialien.</p> <p><b>Geförderte Projekte:</b> 27 Unternehmen aus 16 EU-Staaten. Geförderte Unternehmen in Deutschland sind zum Beispiel Infineon in Dresden, Zeiss, Semikron, Globalfoundries, ST Microelectronics oder die Produktion der von SiC-Chips im 2021 eröffneten Bosch-Werk in Dresden.</p> <p><b>Fördersumme:</b> 1,9 Mrd. Euro</p>
<b>Mikroelektronik II</b> (noch nicht genehmigt)	<p><b>Ziel:</b> Entwicklung von Mikroprozessoren und Aufbau moderner Fertigungstechnik, Bau von Produktionsstätten.</p> <p><b>Fördersumme:</b> die genaue Fördersumme ist noch nicht bekannt. Die Genehmigung wird voraussichtlich noch in 2022 erfolgen.</p>
<b>Batteriezellenfertigung I</b> (seit 2019 genehmigt)	<p><b>Ziel:</b> Deutschland und Europa soll einen Anteil von 30 Prozent an der weltweiten Produktion von Batteriezellen erreichen.</p> <p><b>Geförderte Projekte:</b> 17 Unternehmen aus 7 EU-Staaten. Geförderte Unternehmen in Deutschland sind zum Beispiel das Batteriewerk in Kaiserslautern, BASF in Schwarzheide, Varta in Ellwangen, BMW in München, Umicore in Hanau-Wolfgang</p> <p><b>Fördersumme:</b> 3,2 Mrd. Euro</p>
<b>Batteriezellenfertigung II</b> (seit 2021 genehmigt)	<p><b>Ziel:</b> Aufbau einer geschlossenen Wertschöpfungskette. Aufbereitung der Rohstoffe über die Batteriezellfertigung bis hin zum Recycling.</p> <p><b>Geförderte Projekte:</b> 42 Unternehmen aus 12 EU-Staaten. Geförderte Unternehmen in Deutschland sind zum Beispiel ElringKlinger, BMW, SGL Carbon oder Tesla.</p> <p><b>Fördersumme:</b> 3,2 Mrd. Euro.</p>
<b>Wasserstoff</b> (seit 2022 genehmigt)	<p><b>Ziel:</b> Aufbau einer geschlossenen Wasserstoffwertschöpfungskette. Technologien zur Erzeugung, zum Transport und zum Einsatz von Wasserstoff insbesondere im Mobilitätssektor sollen geschaffen werden.</p> <p><b>Geförderte Projekte:</b> Mehr als 41 Projekte in 24 Mitgliedstaaten. Geförderte Unternehmen in Deutschland sind zum Beispiel BASF, Bosch, Stahlwerk Salzgitter. Weitere geplante Projekte sind z.B. Erzeugungsanlagen für die Produktion von grünem Wasserstoff, etwa in der Stahl- und Chemieindustrie, H2-Infrastrukturprojekte und H2-Mobilitätsprojekte.</p> <p><b>Fördersumme:</b> 5,4 Mrd. Euro.</p>
<b>Cloudinfrastruktur – CIS</b> (noch nicht genehmigt)	<p><b>Ziel:</b> Aufbau der nächsten Generation von Cloud-Infrastrukturen und -Services in Europa. Aufbau einer neuen Datenökonomie.</p> <p><b>Geförderte Projekte:</b> Im Februar wurde der Matching-Prozess abgeschlossen, in dem 26 Unternehmen für eine Förderung im Rahmen des IPCEI-CIS bei der Europäischen Kommission angemeldet wurden. Eines der Projekte ist die Cloud-Initiative Gaia-X. Weitere Projekte sind Catena-X und Manufacturing-X. Deutschland beabsichtigt die Cloud-Initiative Gaia-X mit bis zu 750 Millionen Euro unterstützen.</p> <p><b>Fördersumme:</b> die genaue Fördersumme ist noch nicht bekannt. Die Genehmigung wird voraussichtlich noch in 2022 erfolgen.</p>

### Weitere IPCEI Programme auflegen

Neben den bereits definierten Zukunftstechnologien gibt es weitere technologische Felder, in denen Europa ins Hintertreffen geraten ist. Es liegt auf der Hand, dass die EU weitere IPCEI-Programme anstoßen muss. So brauchen wir einen massiven und schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien, um die Abhängigkeit vom russischem Erdgas zu reduzieren und uns unabhängiger von Solarpanels aus China zu machen. Ganz vorne steht daher der (Wieder-) Aufbau einer Photovoltaik-Industrie, die durch industriepolitische Fehler vor ca. 10 Jahren aus Europa fast verschwunden ist. Auch bei der deutschen und europäischen Windindustrie bleibt der Verlagerungsdruck unvermindert hoch. Den drohenden kompletten Verlust der Windindustrie, wie er sich aktuell andeutet, können sich Deutschland und die EU nicht leisten. Es besteht ein sehr hoher Zeitdruck.

### Erneuerbare Energien fördern

Bei den erneuerbaren Energien sind die Bundesregierung und die EU daher gut beraten, auf breiter Front eine Wiederansiedlungspolitik zu betreiben. Deshalb sollten sie schnellstmöglich eine IPCEI-Initiative der erneuerbaren Energien angehen. Wesentliche Punkte dafür wären, den Auf- und Ausbau industrieller Wertschöpfung im Bereich zentraler erneuerbarer Energietechnologien wie Windkraft, Photovoltaik, Elektrolyseure, Stromnetze und Wärmepumpen sicherzustellen. Zusätzliche Kreditgarantien und Abnahmeangebote werden benötigt, um das Vertrauen der Investoren zu generieren und die aktuellen Investitionshemmungen privater Akteure zu überwinden. Gleichzeitig müsste die Initiative gekoppelt sein mit konkreten Standort- und Beschäftigungsgarantien der Investoren, um auch industrielle Wertschöpfung langfristig in Deutschland zu garantieren.

Der neue ordnungspolitische Rahmen, der durch die IPCEI-Programme gesetzt wird, ist notwendig, reicht aber vieler-

orts nicht aus. Wir brauchen in den Regionen vernetzte Wertschöpfungsstrukturen über traditionelle und neue Branchengrenzen hinweg. Hier gilt es technologische, soziale, organisatorische und strukturelle Innovationen zu heben. Dabei sind Beschäftigte und Betriebsräte Wissensträger der Transformation. Sie einzubinden bei der Entwicklung von Zukunftsstrategien ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Transformation.

### Grundsätze guter Arbeit einhalten

Die über die IPCEI-Programme geförderten Unternehmen müssen sich deshalb verpflichten, neben der Zusage von Standort- und Arbeitsplatzgarantien die Grundsätze guter Arbeit einzuhalten. Dazu gehören die Beachtung von Tarifstandards und der betrieblichen wie Unternehmensmitbestimmung. Denn nur, wenn Beteiligung und Mitbestimmung gesichert sind, können die richtigen unternehmerischen und politischen Entscheidungen getroffen werden.

Um die notwendigen Qualifikationen bei den Beschäftigten sicherzustellen, sollte jedes IPCEI-Vorhaben den Blick auf Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen vorlegen. Damit wären EU-weit wichtige Anhaltspunkte für Beschäftigungsentwicklung und Qualifizierung gegeben. Nicht nur Technologien müssen zukunftsfest werden, sondern auch die Qualifikation der Beschäftigten.

### WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN UNTER DIESEN LINKS:

- ▶ [IPCEI Mikroelektronik](#)
- ▶ [IPCEI Wasserstoff](#)
- ▶ [IPCEI Batteriezelle](#)
- ▶ [IPCEI Industrial Cloud](#)



### KONTAKT

Sarah Menacher  
FB Industrie-, Energie- und Strukturpolitik  
Telefon: +49 6693-2091, sarah.menacher@igmetall.de